

Danziger Volksstimme

Stammnummer 250 III

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 5000 M. In Pommerellen 8000 M. poln. Anzeigen: Diebeipaltene Zeile 800 M., auswärts 900 M. Die Reklamzeile 3000 M., auswärts 3500 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, am Spandauer Str. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Verantwortl. für Schriftföhrung: T. C. D.
Druckerei: Danziger Zeitungsgesellschaft
Verlag und Druckerei: Danzig 3290

Nr. 140

Dienstag, den 19. Juni 1923

14. Jahrg.

Polnische Repressalien gegen Danzig.

16 Danziger ausgewiesen.

Die polnische Regierung hat ein neues Druckmittel gegen Danzig in Anwendung gebracht. Als Vergeltung für die Verweigerung der Beschäftigungserlaubnis für 16 polnische Staatsbürger in Danzig ist die gleiche Zahl von Danziger Staatsbürgern aus Polen ausgewiesen worden. Dem Senat wurde dieser Beschluß der polnischen Regierung durch folgende Note Pluczinski mitgeteilt:

Unter Bezugnahme auf meine Note vom 28. 5. an den Herrn Senatspräsidenten beehre ich mich den Senat zu benachrichtigen, daß angeichts des Verbots der Beschäftigung der nachziehenden polnischen Staatsangehörigen auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig seitens der Danziger Behörden (es folgen 16 Namen von Kaufleuten, Bureaugehilfen und Arbeitern usw.), was die polnische Regierung für gleichbedeutend mit der Ausweisung erachtet, die Ausweisung der nachfolgenden Danziger Staatsangehörigen aus dem Gebiete des polnischen Staates angeordnet wurde:

1. Adolf Dielefeld in Gardzhan, Kreis Dirschau,
2. Adalbert Dielefeld in Gardzhan, Kreis Dirschau,
3. Wilhelm Hohmeyer in Dalswin, Kreis Dirschau,
4. Kurt Kammann in Fejsaendorf, Kreis Dirschau,
5. Walter Wörzen in Pelpin, Kreis Dirschau, Leiter der Zweitaniederlassung der Landwirtschaftlichen Großhandels-Gesellschaft,
6. Wilhelm Likan in Dirschau,
7. Fritz von Schäler in Felgenau, Kreis Dirschau,
8. Helene Cuh in Salno, Kreis Graudenz,
9. Willm Schwarz in Lellen, Kreis Graudenz,
10. Richard Hugo in Solbau,
11. Kurt Böh in Solbau,
12. Paul Wiebe in Janischau, Kreis Berent,
13. Erich Dahlmann in Schöned, Kreis Berent,
14. Ilse von Dewik, Alcin-Minitz, Kreis Berent,
15. Johann Wolter in Pöban,
16. Dr. Friedrich Otto in Renkewitz, Kreis Puzia.

Der Senat hat sofort zu diesem Vorgehen Polens Stellung genommen. In seiner Antwort an Pluczinski weist er darauf hin, daß die Ausweisung eine reine Vergeltungsmaßnahme sei. Der Senat müsse gegen diese Maßnahme nachdrücklich Protest erheben, da sie, abgesehen von der schwersten Schädigung der davon betroffenen unbeteiligten Danziger Staatsbürger, eine Verletzung des Artikels 39 der Danzig-polnischen Konvention vom 9. November 1920 darstellt. Es unterliege keinem Zweifel, daß die zwischen Danzig und Polen bestehende Meinungsverschiedenheit über die Berechtigung der Freien Stadt zum Verbot der Beschäftigung polnischer Staatsangehöriger als eine „die Beziehungen Polens und der Freien Stadt berührende Frage“ im Sinne des Artikels 39 anzusehen ist. Durch den Artikel 39 haben sich aber sowohl Polen wie Danzig in gleicher Weise verpflichtet, bei Meinungsverschiedenheiten die Entscheidung des hohen Kommissars des Völkerbundes anzurufen. Dies ist eine Pflicht und nicht nur etwa ein Recht einer jeden der beiden Parteien. Diese von beiden Seiten freiwillig eingegangene Verpflichtung schließt es aber logischerweise aus, daß an Stelle der Anrufung der schiedsrichterlichen Entscheidung des hohen Kommissars eine von beiden Seiten, um dem anderen Teil seine Meinung aufzuzwingen, zu Vergeltungs- oder Zwangsmaßnahmen irgendwelcher Art greifen darf. Der Senat werde daher die Angelegenheit dem hohen Kommissar des Völkerbundes zur Entscheidung unterbreiten, es werde dann die Möglichkeit beiden Parteien gegeben, ihre Auffassung über die Berechtigung der Freien Stadt zum Verbot der Beschäftigung polnischer Staatsangehöriger eingehend zu begründen und eine Klarstellung der Angelegenheit herbeizuführen.

Am Schluß der Senatsnote heißt es: Bereits in meiner oben erwähnten Note vom 6. Juni 1923 hat der Senat darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen des Demobilisationsgesetzes ohne jede Härte und mit äußerster Zurückhaltung und Milde gehandhabt werden, solange die Lage des Arbeitsmarktes und die allgemeine Wirtschaftslage dies nur einigermaßen rechtfertigen. In vielen Hunderten von Fällen ist die Genehmigung zur Beschäftigung anstandslos erteilt — bei einer einzigen Person in Danzig werden allein über 170 polnische Staatsangehörige beschäftigt —, so daß das Verbot der Beschäftigung nur in einem geradezu verschwindend geringen Prozentsatz erfolgt ist. Aus all diesen Gründen will der Senat noch einen Schritt weitergehen und erklärt sich hiermit bereit, bis auf weiteres die Beschäftigung polnischer Staatsangehöriger in Danzig ohne Prüfung des Einzelfalles zu gestatten. Bei dieser Erklärung geht jedoch der Senat von der bestimmten Voraussetzung aus, daß die Regierung der Republik Polen die angeordnete Ausweisung der 16 Danziger Staatsangehörigen mit größter Beschleunigung rückgängig machen wird.

So sehr man den Beschluß des Senats angeichts des polnischen Vorgehens verurteilen kann, so muß doch betont werden, daß er für die Danziger Arbeiterschaft von den schwerwiegendsten Folgen sein kann. Die Demobilisationsbestimmungen, gegen die sich Polen wendet, waren in Danzig gerade auf Wunsch der Gewerkschaften aufrecht erhalten worden. Gegen sie liefen neben den Polen auch viele Unternehmerkreise Sturm, denen die Einführung polnischer Arbeitskräfte nach Danzig durchaus nicht unerwünscht war. Ließen sich doch die polnischen Arbeiter sehr gut als Lohnarbeiter

gegen ihre deutschen Klassengenossen gebrauchen. Wenn sich die Danziger Arbeiterschaft gegen die Ueberflutung Danzigs mit polnischen Arbeitskräften wehrt, so geschieht dies in der Hauptsache, um den einheimischen Arbeitern Arbeit und Erwerb zu sichern, und zweitens deshalb, weil die aus Polen nach hier importierten Arbeitnehmer die gebulldigsten Knechte des Kapitalismus sind, die sich als Lohnarbeiter und Streikbrecher gegen die deutschen Kollegen gebrauchen lassen. Die vom Senat unter dem Druck Polens verfügte Aufhebung der Demobilisationsbestimmungen ist also eine schwere Gefährdung der Interessen der Danziger Arbeiterschaft.

Die belgische Regierungskrise.

Die Stellung der Sozialisten.

Der belgische König hat den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Thennis erneut mit der Bildung der Regierung beauftragt. Thennis hat sich Bedenkzeit ausgebenen.

Auf dem außerordentlichen Kongreß der belgischen Sozialistischen Partei erklärte Vandervelde, daß Thennis im Dienst der Hochfinanz stehe. Der Kampf sei noch nicht beendet, sondern habe im Gegenteil erst begonnen. Thennis stehe immer noch aufrecht, und hinter ihm ständen die Hochfinanz, die Großindustrie, die Handelskammern, die Nationalisten, die bürgerliche Biga, der König und die Geistlichkeit. Der sozialistische Standpunkt sei der, daß unter keinen Umständen an eine Mitarbeit mit den bürgerlichen Parteien gedacht werden könne. Die Sozialistische Partei müsse eher daran denken, die Regierungsmacht allein an sich zu reißen.

Der Präsident der Gewerkschaftskommission, Merrens, machte in dem Augenblick, in dem sich der frühere sozialistische Minister Wauters beim König befand, einen außerordentlich heftigen Angriff gegen den König, den er beschuldigt, er habe die Umtriebe der Reaktion begünstigt und dadurch die Versuche unterstützt, die dazu bestimmt waren, die Kraft der Gewerkschaften zu brechen. Vandervelde warf dem König vor, er habe sich in den Dienst der Hochfinanz gestellt.

Der Kongreß ist am Sonntagabend in Brüssel geschlossen worden, nachdem er eine Tagesordnung angenommen hatte, in der alle Mitglieder der Partei aufgefordert werden, jeder Regierung, die die Politik des Kabinetts Thennis verfolgen würde, die unbarbarischste Opposition entgegenzusetzen. Die letzten Redner auf dem Kongreß sprachen von der Möglichkeit der Auflösung der Kammer.

Entgegenkommen Amerikas in der Frage der interalliierten Schulden.

Wie der „Manchester Guardian“ berichtet, erklärt die amerikanische Regierung, sie halte an dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes auf Einziehung eines internationalen Schiedsgerichtes zur Festlegung der deutschen Reparationspflicht fest. Falls Frankreich die Summe der deutschen Reparationen nach Billigkeit festsetze, sei Amerika offiziell bereit, denselben Grundlag auf die Schulden Frankreichs an die Vereinigten Staaten anzuwenden.

Die Europareise des amerikanischen Staatssekretärs Mellon bildet heute den wichtigsten politischen Gesprächsstoff. Obwohl amtliche amerikanische Kreise erklären, daß über einen politischen Auftrag des amerikanischen Staatsmannes nichts bekannt sei, wird doch zugesehen, daß Mellon bereits Ende dieser Woche unmittelbar nach seiner Ankunft in England eine Besprechung über die finanzielle Lage Europas mit Baldwin haben würde.

Außenpolitische Folgen des Marksturzes.

Als in den ersten Wochen der Ruhrbesetzung der Markverfall zu einer Gefahr für den passiven Widerstand Deutschlands zu werden drohte, entschloß sich die Reichsregierung zur Durchführung der Stützungsaktion für die Mark. Zweieinhalb Monate wurde sie aufrechterhalten. Dann aber brach sie jääh zusammen, weil das waterlandlose Verhalten der Belgier den bei der Dollaranleihe und bei der reichlichen Anweisung der Schuldenlast des Reiches die kapitalkräftigen Kreise der deutschen Wirtschaft zu gewaltigen Käufen von ausländischen Zahlungsmitteln veranlaßten. Seit dem 18. 4. hat man in ungläubiger Kurzsichtigkeit und hilfloser Passivität die Dinge laufen lassen, wie es einer gewissenlosen Spekulation und einer hemmungslosen Verwertungsstucht geseh.

Und doch hätte die Regierung wissen müssen, daß ein ungehemmter Sturz der Mark nicht nur große innenpolitische Gefahren heraufbeschwören, sondern in dem schwersten Moment des deutschen Existenzkampfes geradezu Deutschlands auswärtige Politik aufs bedrohlichste hemmen würde. Denn gerade jene französischen Kreise, die ihre Hoffnung auf innere Unruhen in Deutschland setzen, die den Zusammenhalt des Reiches bedrohen könnten, sind in ihren bössartigen Erwartungen durch die Entwicklung der Markkatastrophe gefährdet worden. Wie außer-

ordentlich gefährlich das verhängnisvolle Säubern der Energie- und Hilfslosigkeit der bürgerlichen Regierung der „Nationalisten“ für Deutschland geworden ist, weiß auch der Pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ nach. Er berichtet über die Stimmung in Paris:

Das Unvermögen der zuständigen deutschen Stellen, dem katastrophalen Abwärtsgehen der Mark Einhalt zu tun, erwacht hier mehr und mehr als eines der ernstesten Hindernisse auf dem Wege zu einer für Deutschland erträglichen Stabilisation der Ruhr-Affäre. Die französische Regierung, die um die Bodenrente — eingeleitet durch die energischen Töne, die aus London herüberklangen — sich schon seitdem mit der Notwendigkeit weitgehender Konzessionen abgefunden hatte, hat, seitdem die Mark unheimlich und in wilden Sprüngen der völligen Entwertung entgegengeht, ganz offensichtlich ihre Politik geändert. Man ist in den letzten französischen Kreisen des innerweltlichen Zusammenbruchs Deutschlands so sicher, daß Herr Poincaré, der es mit Rücksicht auf die Stimmung sowohl der öffentlichen Meinung wie einflußreicher politischer Kreise des eigenen Landes zu keinem offenen Bruch mit England kommen lassen darf, die Verhandlungen in London offensichtlich nur mit dem Ziele führt, seit zu gehen und die englische Regierung hinzuziehen bis zu dem in spätestens zwei bis drei Wochen ermittelten Augenblick, wo durch eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe in Deutschland die Frage des passiven Widerstandes eine unumwandelbare Lösung gefunden haben werde. Man mag in Deutschland daraus ersehen, wie diejenigen Kreise, die an dem Wahnsinnigen Emportreiben der Devalueture die Schuld tragen, der französischen Politik direkt in die Hände arbeiten!

Auf Napoleons Spuren.

In der Internationalen Bibliothek von J. S. W. Dieb (Berlin) hat Gerhart Pötkens einen aktuellen Band erscheinen lassen: Deutschlands Außenpolitik und das Weltkriegenzeitalter. Dittens Betrachtungen umspannen die Zeit von 1870 bis 1922 und gehen mit der Skizzierung der deutschen Außenpolitik ein großangelegtes Bild des weltpolitischen Aufstiegs Deutschlands und seines Zusammenbruchs. Da uns Bücher dieser Art, die Grundlage einer zukünftigen sozialistischen Außenpolitik bilden könnten, durchaus fehlen, so möchten wir uns so nachdrücklicher darauf aufmerksam machen, als Pötkens Schlüsse auch die Grundlinien des neuen, als Ergebnis des Weltkrieges entstandenen Weltbildes zeigt. Wir brauchen nur den Teil ab, der Frankreichs gegenwärtige weltpolitische Ziele darstellt.

Frankreich, das aus dem Weltkrieg durch den Erwerb Elsass-Lothringens auf 562 000 Quadratkilometer mit 30 Millionen Einwohnern erweitert, mit einer Vergrößerung seines Kolonialreiches, besonders in Afrika, mit Belgien durch eine Militärkonvention verbunden und mit einem großen Gewinn an militärischer und wirtschaftlicher Macht hervorgegangen ist, Frankreich sucht seit Kriegsende in weitgespannter Plänen durch Bündnisse und wirtschaftliche Expansionen die politische und wirtschaftliche Hegemonie zu erringen und sich selbst damit gleichberechtigt als die Weltmacht neben die genannten (England, Amerika, Japan, U. A. D.) zu stellen. Polen ist seine Schöpfung und mit ihm in engem Bunde, seine in Galizien gelegenen Petroleumfelder und, seit der Genfer Völkerbundentscheidung, auch die oberirdischen Kohlenlager stehen unter dem Einfluß französischen Kapitals. Die Fischschlosserflotte steht in Frankreich ihren politischen Schutz und untersteht militärisch seiner Führung. Durch alle Staaten des Donaubeckens reicht sein politischer und wirtschaftlicher Einfluß.

Indem es unter seiner Hegemonie einen Block zu organisieren sucht, der von Sibirien bis an das Schwarze Meer reicht und nach Kleinasien übergreift, rücken die beiden Punkte in die Reichweite des französischen Imperialismus, ohne deren Beherrschung es seine Ziele nicht erreicht, mit deren Angleichung in irgendeiner Form aber die Beherrschung Europas gelingen wäre. Es gilt der Sowjetmacht Südrussland zu entreißen und so zu Einfluß im Hauptrohstoff- und Industriegebiet Europas zu gelangen. Es gilt, von Deutschland die Rheinlande abzutrennen, vielleicht gar das Ruhrgebiet, und das heißt, in das europäische Hauptindustriegebiet, in die dort gelegene Kohlen-, Eisen-, chemische Industrie einzudringen.

Für diese Pläne hat sich Frankreich, allerdings vergeblich, bemüht, eine außereuropäische Deckung zu verschaffen. Nach Beendigung des Krieges verunglückte Clemenceau den Abschluß formeller Bündnisse mit Nordamerika und England, die die Fragen der Weltpolitik, außer der europäischen, ungelegt gelassen. Frankreich aber mittels jeweiliger Verwahrung von Konzessionen in diesen Fragen in Europa freie Hand gegeben hätte. Der amerikanische Senat hat diese Festlegung in Europa abgelehnt, England ist gefolgt: die Weltpolitik ließ sich nicht mehr unter rein europäischen Gesichtspunkten meistern.

Auf der Konferenz von Washington leitete der zweite Versuch Frankreichs. Hatte es jetzt beabsichtigt, sich in läde zwischen den großen Mächten der Welt einsetzende Spannung als Gegenmacht einer Seite einzufügen und somit Rückhalt für seine Pläne zu sichern, die zu führen dann nur noch auf Gefahr eines neuen Weltkrieges möglich war, so machte die — noch so vage — Einigung der unruhig beteiligten Mächte diesen

Der Ausweg aus dem Dollarwahnsinn.

Angleichung der Einkommen an die Teuerung.

Der Dollar ist wiederum im rasenden Steigen begriffen. Während er gestern früh mit 125 000 notiert wurde, war er bis Mittag schon auf 150 000 gestiegen, und abends wurde er bereits mit 170 000 bezahlt. Dieses sprunghafte Steigen des Dollars wird eine neue ungeahnte Teuerungswelle nach sich ziehen. Die Lohnempfänger stehen vor einer Katastrophe. Gegenüber diesem phantastischen Anschwellen der Teuerung müssen alle Versuche, auf dem bisherigen Wege zu der notwendigen Angleichung der Einkommen an die Preissteigerungen zu kommen, ergebnislos bleiben. Auch die wochenweise Festsetzung der Höhe nach dem Teuerungsindex würde nur ein unzulänglicher Versuch bleiben, da die Höhe, nach dem Papiermarkstand berechnet, in manchen Stunden bereits wieder überholt ist. Das Problem der Goldmarkentlohnung gewinnt immer stärkere Bedeutung. Es wird im Reich hart diskutiert, und es ist notwendig, diese grundlegende Forderung der Entlohnungsform auch hier in ihrem für un Wärd zu erwägen. Die bekannte sozialwissenschaftliche Zeitschrift „Die Glode“ (Herausgeber Parvus) hat zur weiteren Klärung dieser Frage eine Umfrage bei den führenden Männern in den verschiedenen Zweigen der Arbeiterbewegung gehalten. Wir geben davon die Stellungnahme der Frau, des Gewerkschaftsführers und des Wirtschaftspolitikers nachstehend wieder. Ihre grundlegenden Ausführungen zeigen den Weg, den die Arbeiterbewegung zunächst in ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz zu gehen haben wird, wenn sie nicht ganz das Opfer des profitkapitalistischen Regimes abgeben will.

Die jetzige Praxis

befragt Reichstagsabgeordnete Genossin Juchacz:
Ich theoretischer Erwägungen ein praktisches Beispiel. Sie beobachtet seit längerer Zeit die Familie eines Streckenarbeiters. Sie besteht aus Mann, Frau, drei Kindern und einer alten Mutter. Die älteste Tochter, 15 Jahre, ist in der Lehre. Ihre Entschädigung reicht neben dem Jahrgeld nicht wesentlich über die Schulreparaturen hinaus. Die beiden andern Kinder sind schulpflichtig. Die alte Mutter ist fast arbeitsunfähig und erhält eine kleine Unterstützung. Die Frau besorgt an einigen Wochentagen neben ihrem ganz unsterblich sauberen Haushalt noch zwei Puz- und Waschtischen. Der Mann bearbeitet (neben seiner Tätigkeit als Bahnarbeiter) einen mageren Pachtgarten und verrichtet gelegentlich kleine Hilfsarbeiten. Für Alkohol und Tabak, aber auch für Theater, Konzert oder Bücher wird nichts ausgegeben. Die Zeitung wird mit einem Kollegen gemeinsam bezahlt. Der kleine Nebenverdienst des Mannes ergibt die Stiefelsohlen, die bei der Verussarbeit zerrissen werden.
„Nur nicht trant werden“, das ist das tägliche Stohgebet der Frau, deren Gedankenkreis sich nur noch um Margarine, Brot, Kartoffeln und Arbeit bewegt. „Wenn ich nur nicht aussehen muß“, sagte der Mann, als er bei einem Grippeanfall sich hundeelend fühlte. Jeder Sprung des Dollars verleiht die Frau in feinsten Pein. Die Preise stehen sofort an, Vorräte an Mehl, Hülsenfrüchten und Fett sind niemals da. Mit schwerem Herzen bemittelt sie sich dann vor dem Krämer, sie sorgt, weil sie beim besten Willen nicht anders kann. Wenn dann nach abgeschlossener Verhandlung die Nachzahlung kommt, riecht sie ihr durch die Hände wie trodener Sand. Die Tage des Wartens bringen immer besondere Entbehrung und Sorge. Einmal in langer Zeit hat diese geplagte Hausfrau und Mutter ein wenig aufgeatmet, als der Dollar auf ca. 20 000 stand und die Preise langsam anzogen.

Ich frage mich oft, woher diese Menschen die ungeheure feistliche und moralische Spannkraft nehmen, um bei diesem Abwärtsbleiben nicht zu unterliegen. Wenn der Mann im Alkohol Versessen suchte, die Frau fünf gerade sein ließe, wer wollte sie verurteilen? Manchmal aber klagt durch eine aus der Bitterkeit des Gemüts kommende Bemerkung ein Ton des Hasses, der den Kern der Volkseele aufhorchen läßt.
Tausende von Einzelschicksalen dieser Art sind nicht so gut. Nicht überall ist sozial Energie, guter Wille, menschliche Tüchtigkeit, Verantwortungsgelühl und Gesundheit vorhanden. Und doch lassen sich überall soziale Parallelen ziehen. Aus solchen Beobachtungen heraus, nicht durch wissenschaftliche Untersuchungen oder gewerkschaftliche Berechnungen beantwortet ich Ihre Fragen:
Der Reallohn einer großen Arbeiterschaft reicht nicht zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse. Die letzte Markenswertung hat bei allen Lohnarbeitern ihre wirtschaftliche Existenzmöglichkeit gefährdet, womit sich die Frage nach der Notwendigkeit einer ganz erheblichen Erhöhung von selbst bezieht.

Weiße Schichten der Lohnarbeitenden Klasse stehen wochenlang unmitelbar vor Verzweiflungsausbrüchen, die — wenn sie sich entladen — zum Bürgerkrieg, zur gegenseitigen Verflechtung der Arbeiterkraft und zum Verfall der staatlichen Ordnung führen müssen.
Eine automatische Angleichung der Löhne an den Marktwert wird erfolgen müssen, wenn die Arbeiterbewegung nicht werden soll. Ueber das Essen, das man kochen kann, müssen sich Versuche anhängen.

Den Standpunkt des Gewerkschaftsführers

gibt Genosse Theodor Reivard, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wie folgt wieder:
Die nach dem Zusammenbruch der Markensituation eingetretene weitere Geldentwertung trifft im besonderen die Lohn- und Gehaltsempfänger mit unbilliger Wirkung. Was das Realeinkommen des deutschen Arbeiters im Verlaufe des Jahres 1922 herab auf einen Stand herabgefallen, der ihm nur mehr ermüdete, höchstens noch zwei Drittel von dem letzten zu sein, was er 1913 für seinen Lohn erwartete, ist die Lebenshaltung durch den neuen Markkurs weit unter die Hälfte des Standes von 1913 herabgedrückt. Berücksichtigt man, daß, abgesehen von den Produkten, die vom Dollarstand beherrscht werden, auch seit alle im Inland erzeugten Güter gegenüber dem Friesen im Preise etwa auf das 100fache anstiegen sind, die Wochenlöhne, selbst die der Lohnarbeitenden, nur das 3. bis 400fache des Frie- denstandes gebracht haben, so wird die eckende Lage der Arbeiterklasse offenbar. Es zeigt sich, daß die auf der deutschen Wirtschaft ruhende Last, nachdem die Kleinrentner und andere Kreise, die sich wirtschaftlich nicht wehren können, bis zum Erdrücken belastet sind, in steigendem Maße jetzt den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebürdet wird.
Die Lage der Arbeiter wird damit unerträglich, und eine schnelle und ausreichende Steigerung der Löhne ist unbedingt notwendig. Wenn diese Lohnverhöhung sich nicht sehr bald sollte durchsetzen lassen, dann werden alle die Folgen mit

unerträglichkeit einbrechen, die ein Maß zur Un- erträglichkeit gesteigert Druck auf die Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes hervorbringen muß.
Die sich immer mehr durchsetzende Einstellung der Wirtschaft auf Goldrechnung, das immer schnellere Heranziehen aller Preise an den Dollarstand legt den Arbeitern nahe, auch ihrerseits Goldlohn zu fordern. Auch die Wirtschaft auf dem eingeschlagenen Weg weiter der Goldrechnung zu, so wird den Arbeitern nichts anderes übrig bleiben, als die allgemein wieder geübte Goldrechnung auch auf den Lohn anzuwenden. Solange aber die deutsche Wirtschaft, wenigstens im Kleinhandel, noch nach Papiermark rechnet und nicht alle Schwankungen der Valuta merkhaft mitmacht, wird zum Ausgleich des Lohnes an die fortschreitende Entwertung der Mark ein anderer Maßstab ins Auge gefaßt werden müssen.
Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich eine Index- ziffer und eine Methode der Lohnregelung finden ließe, die es den Gewerkschaften erspart, immer wieder ständig zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des durch die Preissteigerungen gesunkenen Reallohn in Lohnkämpfe eintreten zu müssen. Eine solche Indexziffer müßte aber in möglichst schneller Folge die tatsächliche Verteuerung der Lebenshaltung voll zum Ausdruck bringen. Die hinter der wirklichen Teuerung weit zurückbleibende Indexziffer des Statistischen Amtes kann für diesen Zweck nicht genügen. Es ist aber mit allem Nachdruck hervorzuheben, daß damit keinesfalls der Arbeiter sich ein für allemal mit dem als Grundlohn angelegten Reallohn zu begnügen hätte. Viel- mehr muß es ihm unbenommen bleiben, wie bisher um seine Besserstellung in der Wirtschaft zu kämpfen. Es hat Vorkämpfe gegeben auch in Zeiten, als die Mark noch ein verhältnismäßig wertbeständiges Zahlungsmittel war, und es wird Lohnkämpfe geben, solange die kapitalistische Wirtschaft besteht.

Der Wirtschaftspolitiker

kommt in dem früheren Reichswirtschaftsminister Genossen Robert Schmidt zu Wort:
Die kapitalistische Erziehung der Preisbewegung auf dem Warenmarkt wird seit langem von amtlicher Stelle wie auch ergänzend von privater Seite betrieben. Am einfachsten ist die Feststellung der Großhandelspreise besonders solcher Waren, die bürfenmäßige Notierungen aufweisen. Schwieriger ist schon die Ermittlung der Kleinhandelspreise, da hier große Unsicherheiten zu erkennen sind und die Unterschiede in der Qualität der Ware Differenzen ergeben. Für die Ermittlung der Kleinhandelspreise werden die Berichte über Lebensmittelpreise zur Grundlage genommen und außerdem ermittelt, welche Aufwendungen erforderlich sind, um eine bestimmte ungenutzte Menge des Bedarfs einer Familie, bestehend aus zwei erwachsenen Personen und drei Kindern, zu befriedigen. Es handelt sich hier um Preisbestimmung für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung.
Diese Ermittlungen sind natürlich sehr wichtig. Das Material bietet eine gute Unterlage bei Lohnforderungen und Gehaltsregulierung — nur kommen die Ergebnisse bei einer so raschen Entwertung der Mark, wie wir sie jetzt wieder zu verzeichnen haben, zu spät.
Während die führenden kapitalistischen Kreise immer mehr dazu übergehen, ihre Gewinne in Gold umzurechnen, um damit den Gewinn des Unternehmens recht dürftig erscheinen zu lassen, ist man einer Berechnung der Löhne auf gleicher Basis abgeneigt.
Bei dem enormen Markkurs, dem die Lohnbewegung nicht im gleichen Tempo folgte, trat das Verlangen immer mehr in den Vordergrund, die Löhne mit der Entwertung der Mark in einen engen Zusammenhang zu bringen. Die fort- gesetzten Lohnbewegungen sind keine Kamelelfahrten für die Gewerkschaften. Sind die Gewerkschaften hart genug, einen Goldlohn auf einer gewissen Höhe zu halten, so kann der Lohn, in Papier ausgedrückt, die Höhe einer bestimmten Lebenshaltung sichern. Bedenklich wäre es, den Lohn an Dollarstand zu messen, denn der Rückgang im Kurs würde eine Vohminderung bedeuten, die mit dem Preis- abbau der Waren, der sehr viel später nachhinkt, nicht vereinbar ist. Der Maßstab der Indexziffer verdient den Vorzug, weil er eine Preisänderung an dem Warenmarkt bereits als vorhanden feststellt.
Dazu kommt, daß wir mit unsern Preisen für Waren, für die inländische Rohstoffe verwendet wurden, unter dem Dollarstand bleiben. Das würde aufhören, sobald die Löhne automatisch dem Dollar folgen, denn die Rück- wirkung auf die Preise würde im gleichen Tempo einsetzen.
Nicht zu verkennen ist die Wirkung auf den Export unserer Waren. Es dürfte kein Zweifel bestehen, daß wir zu Waren- preisen kämen, die den Weltmarkt eher überlegen, als sich unter der Grenze hielt, wie überhaupt niemals eine starke Preiswelle einsetzen würde. Aber es kann mit einem gewissen Recht gesagt werden: Weshalb sollen wir als Lohn- und Gehaltsempfänger zurück- gehen, während doch kapitalistische Kreise von solchen Hemmungen durchaus frei sind?
Es fragt sich nun: Soll die Befreiung sich der Sache annehmen oder empfiehlt es sich, durch tarifliche Vereinbarung eine geltende Lohnstufe festzusetzen? Die Frage läßt sich in Kürze nicht beantworten. — Sicher ist unsere ganze Lohnbewegung auch heute schon eine Anlehnung an die Lebenshaltungsindexziffer. Leider ergibt sich nur zu oft, daß bei der Lohnfestsetzung der Entwertungs- faktor der Kaufkraft der Mark gar nicht voll zur Auswirkung kommt.
Aber seien wir uns darüber klar: im kapitalistischen Ge- triebe ist der Lohnanteil eine Größe, die bestimmt wird von der Lage des Arbeitsmarktes und der Stärke der Gewerkschaft. Entscheidend ist nicht, ob Papier- oder Goldrechnung, sondern entscheidend ist die Frage: Welchen Anteil am Ertrag der Arbeit kann die Arbeiterklasse durch ihre Organisations- erringen?

Die Bibliothek der Freien Gewerkschaften hat ihren Ausleihebetrieb vorläufig geschlossen. Alle Leser, die noch im Besitz von Bibliotheksbüchern sind, werden dringend gebeten, diese in der nächsten Bibliotheks- stunde abzuliefern. Die rechtzeitige Rückgabe der Bücher liegt im eigenen Interesse der Leser und er- möglicht eine baldige Wiedereröffnung der Bibliothek.
Nicht identisch Herr Schneidermeister August Soyall bitter und mitzureden, doch der Kaufmann Otto Soyall, der in dieser Sammelperiode unter Auflage steht, nicht mit ihm verwandt ist.
Danziger Standesamt vom 19. Juni 1923.
Todesfälle. Witwe Julia Draganski geb. Schwäbe, 63 J. 2 M. — Arbeiter Konstantin Wilhelm Traugott 30 J. 3 M. — Arbeiterin Clara Sawagel, 21 J. 9 M. — Gerichtsföher- erbeher a. D. Reinhard Müller, 68 J. — Arbeiter Erich Prohn, 17 J. 10 M. — Witwe Henriette Bahrendt geb. Quack, 75 J. 9 M.

Die Ueberteuerung in Danzig.

Die einseitige agrarische Politik der Regierung hat in erheblicher Weise dazu beigetragen, daß in Danzig eine starke Ueberteuerung herrscht, die schwer auf der arbeitenden Bevölkerung lastet. In welcher unverantwortlicher Weise dem Volk das Brot verteuert worden ist, zeigt wiederum eine Aufzählung des Statistischen Amtes über die häufigsten Kleinhandelspreise in Danzig und einigen anderen deutschen Städten nach dem Stande vom 1. Juni. Danzig hatte am 1. Juni von allen deutschen Städten das teuerste Brot. Es betrug der Pfundpreis für ein Pfund Roggenbrot in Danzig 900 Mark, in Elbing 21,50 Mark, in Königsberg 21, Mark, in Stolp 17,7 Mark, in Stettin 14,75 Mark, in Breslau 23,5 Mark, in Halle an der Saale 21,50 Mark, in Kiel 27,7 Mark, in Dortmund 20,50 Mark, in Stuttgart 20,50 Mark. Selbst in Berlin betrug der Höchstpreis für ein Pfund Roggenbrot nur 655 Mark. Und oft ist festgestellt worden, daß die Qualität dieser Ware viel besser ist, als die des teuren Danziger Brotes. Auch der Danziger Freihandelspreis für Roggenbrot wurde von keiner anderen deutschen Stadt erreicht. Er ist für Danzig mit 3350 Mark pro Pfund angegeben. In Königsberg zahlt man für die gleiche Ware 1000 Mark, in Stolp 2000 Mark, in Berlin 2250 Mark, in Hamburg 1750 Mark, in Kiel 1050 Mark, in Rbin 1700 Mark, in Stuttgart 1300 Mark. Ähnlich gewaltige Preisunterschiede finden sich auch beim Höchstpreis für Weizenmehl. Es betrug für Danzig 1000 Mark, für Elbing 180 Mark und selbst für Rbin im besetzten Gebiet nur 190 Mark. Auch der Danziger Margarinepreis wurden von keiner anderen Stadt erreicht. Ein Pfund Margarine kostete am 1. Juni in Danzig 9000 Mark, in Elbing 7800 Mark. Nur Stettin hatte eigentümlicher Weise den gleichen Margarinepreis wie Danzig; alle übrigen Städte folgen in oft beträchtlichen Abständen. Der Danziger Kartoffelpreis stand ebenfalls über dem Durchschnitt. In Danzig mußte man 100 Mark für ein Pfund Kartoffeln zahlen, in Stolp nur 40 Mark. Brot, Kartoffeln und Margarine, die Nahrungsmittel, die heute im Haushalt der arbeitenden Bevölkerung die Hauptrolle spielen, waren demnach in Danzig viel teurer als in den übrigen deutschen Städten. Bemerkenswert ist, daß auch bezüglich der Kohlepreise Danzig die Führung hatte. Es kostete am 1. Juni ein Zentner Steinkohlen in Danzig 21,40 Mark, in Elbing 18,500 Mark, in Königsberg am 23. Mai 19,000 Mark, in Hamburg 17,200 Mark, Karlsruhe 15,000 Mark. Auffällig ist der Unterschied zwischen den Danziger und den Königsberger Kohlepreisen.
Inzwischen haben sich die angegebenen Preise stark verändert. Sind aber wohl kaum für Danzig günstiger geworden. Die schwere Gefahr, die dem Danziger Wirtschaftsleben durch die Verteuerung droht, ist von den Vertretern der Arbeiterkraft im Volkstag schon oft betont worden. Sie hat Konkurrenzunfähigkeit und Arbeitslosigkeit zur Folge und kann für den Bestand des Freistaates gefährlich werden.

Latendürftige Kriegervereine.
Mit vielem Lament hatte man die Kriegervereine des ganzen Freistaates am Sonntag in Danzig zusammengeholt. Die Begeisterung der Kriegervereiner äußerte sich zunächst in einem starken Alkoholkonsum und in einem Paradezug, den geistig armen Unter- tanen vor einigen austrangierten Weibern um- abholierten. Die üblichen Reden von Vaterlandsliebe, müttertreue und Kriegermut fehlten natürlich nicht. Dann folgte ein Umarmen mit viel fliegenden Fahnen und nicht ganz 2000 Teilnehmern. (Von den auf 10 000 angegebenen Mitgliedern fehlten also gut 8000). Die Musikkapellen verhielten ununterbrochen mit viel Geräusch „Frankreich siegreich zu schlagen“. Danzig's Verhältnis zum Völkerverbund wird durch diese Kriegs- demonstration sicherlich sehr gefördert sein. Am Krie- gerdenkmal und im Säulenhause gab es wiederum einige Reden. Im Hochgefühl der Stimmung verließ man sich zum gemeinsamen Gesang von „Heil dir im Siegerkranz“. Einige Personen, die sich an dieser monarchistischen Guldigung nicht beteiligten, wurden meist verprügelt, zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Das ganze nennt die deutschnationale „All- gemeine Zeitung“ eine prachtvolle Rundgebung deut- schen Geistes“. Dieser Geist der Kriegsherrlichkeit und Verprügelung der eigenen Volksgenossen ist wirklich nicht zu beneiden.

Neue Löhne im Baugewerbe.

Im Baugewerbe sind nachstehende neue Lohnvereinbarungen getroffen: Die Stundenlöhne betragen:
v. 14. — 20. 6. v. 21. — 27. 6.
Maurer, Zimmerer, Zementfach- 4900 Mk. 5400 Mk.
arbeiter, Einflurer für Beton
Zementarbeiter 4750 5250
Bauhilfsarbeiter 4550 5000
Erd-, Tiefbau- und Plagarbeiter 4450 4900
Tgl. Arbeiter von 15 — 17 Jahren 1350 1450
Tgl. Arbeiter unter 15 Jahren 1050 1150
Das Gehaltgeld beträgt in der ersten Woche 180 Mk., in der zweiten 160 Mk.

Die Lohnfrage bei der Danziger Werft und Eisenbahn- Hauptwerkstatt

ist, wie aus der Metallarbeiter-Vereinbarung mitteilt, für die Lohnwoche vom 9. bis 15. Juni wie folgt geregelt: Am 22. Juni werden auf den Grundlohn der Woche vom 9. bis 15. Juni 50 Prozent Aufschlag einmaltig ausgezahlt. (60-100 Mark für den 24-jährigen gelehrten Arbeiter.) Hier- von werden 25 Prozent bei der nächsten Lohnzahlung ange- rechnet, während die restlichen 25 Prozent eine Ertragsabgabe sind. Ueber die Höhe ab 16. Juni wird am 23. verhandelt. Das von uns am vorigen Sonntag mitgeteilte Angebot haben die freien Gewerkschaften abgelehnt, worauf heute der obige Abchluß erfolgte.

Neue Lohnsätze für das elektrotechnische Gewerbe.

Für die Zeit vom 16. bis 26. Juni sind nun den be- teiligten Organisations für das elektrotechnische Gewerbe folgende Stundenlöhne vereinbart worden: Für Mon- teure und Werkstatthelfer im 1. und 2. Tätigkeitsjahr 30000 Mark, im 3. und 4. Tätigkeitsjahr 40000 Mark, vom 5. Tätigkeitsjahr ab 48000 Mark. Für Hilfs- arbeiter unter 18 Jahren 17500 Mark, unter 20 Jahren 27500 Mark, über 20 Jahre 35000 Mark.

1 Dollar 144 000 Mk.,
1 Pol. Mk. 1,02 Pol. Mk., 1 engl. Pfd. 670 000 Mk.

Umwandlung des Auswandererlagers in eine Aktien-Gesellschaft.

Im Hauptausschuss des Volkstages sind über die Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über die Zukunft des Danziger Auswandererlagers Mitteilungen gemacht worden: Es wird auf die Dauer von 20 Jahren eine Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Warschau und einer Zweigleitung in Danzig gebildet, in der der polnische Aktienkapital mit 35 Prozent, polnische Banken mit weiteren 35 Prozent und die Freie Stadt Danzig oder die von ihr ernannten Interessenten mit 30 Prozent beteiligt sind.

Im Alkoholrausch erstochen.

Gestern begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Wolde die dritte Reihe der Schwurgerichtssitzungen dieses Jahres. Die erste Auflage richtete sich gegen den 25 Jahre alten Bauarbeiter Joseph Berth aus Schidlis, welcher beschuldigt war, in den Abendstunden des 20. April seinen Stiefbruder Johann Nies erstochen zu haben.

Die Tat ist am 20. April nachmittags nach Schluss der Arbeit begangen, als die beiden sich nach der Lohnzahlung auf dem Heimwege befanden und vorher in verschiedene Lokale eingekoffert waren, wo sie ziemlich stark geteilt hatten.

Der Angeklagte gab die Tat zu. Er behauptete, daß sein Stiefbruder ihm seit einiger Zeit feindselig gestimmt gewesen sei und ihn beschuldigt hätte, zu seiner Braut, einer Arbeiterin W., in nähere Beziehungen getreten zu sein. Dieses sei jedoch nicht der Fall gewesen.

Beide arbeiteten schon seit längerer Zeit auf einem Bau am Englischen Damm. An jenem Tage gingen sie nach der Arbeit in ein Lokal am Fischmarkt, wo sie mit anderen Kollegen zusammen saßen. Die Anekdote wurde später in Schidlis fortgesetzt.

Hierbei soll Nies, der schon stark angetrunken war, von Berth leihweise 5000 Mark verlangt haben. Da L. dem Angeklagten noch Geld schuldig war, so kam es zunächst darüber zu einem Wortwechsel, der zunächst damit endete, daß Nies dem Angeklagten wiederum den Verkehr mit seiner Braut vorwarf.

Beide waren inzwischen aus dem Lokal hinausgegangen. Der Angeklagte behauptete, über die grundlose Beschuldigung seines Stiefbruders in große Erregung geraten zu sein. Außerdem sei auch er angetrunken gewesen.

Dane zu wissen, wie er dazu kam, habe er plötzlich sein Messer gezogen und dem Bruder einen Stich in den Unterschenkel versetzt. Dieser Stich hatte unglücklicherweise die große Schlagader verletzt. Nies brach zusammen, während der Angeklagte fortlief, angeblich, um einen Sanitätswagen herbeizurufen. Inzwischen starb Nies an Verblutung.

Die Geschworenen sprachen Berth schuldig. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten darauf zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren.

Erhöhung der Abfindung von Witwen in der Unfallversicherung. Nach § 569 der Reichsversicherungsordnung erhält die Witwe eines durch einen Betriebsunfall Ver-

unglückter im Falle ihrer Wiederverheiratung drei Fünftel des Rentenbetrags zu Grunde gelegten, Jahresarbeitsverdienstes als Abfindung. Diese Abfindung stellt jedoch bei der heutigen Geldbewertung keine wirtschaftliche Rolle mehr. Liegt der Betriebsunfall schon eine Reihe von Jahren zurück, so ergibt sich nur eine geringe Abfindungssumme. Eine Gesetzesvorlage des Senats schlägt deshalb vor, den fingierten Jahresverdienst, der für die Berechnung der Zulage zur Unfallrente zu Grunde zu legen ist, auch für die Berechnung der Abfindungssumme in Ansatz zu bringen. Der Gesetzesentwurf sieht vor, daß durch einen entsprechenden Zusatz zum § 10 des Gesetzes vom 10. 8. 22 eine Vorschrift aufgenommen wird, wonach im Falle der Wiederverheiratung einer Witwe, die eine Zulage zu ihrer Witwenrente bezogen hat, ihr als Abfindung drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes zu zahlen ist, nach dem ihre Zulage für den Monat der Wiederverheiratung berechnet worden ist. Auf diese Weise wird erreicht werden, daß die Abfindungssumme sich den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen in ihrer Höhe anpaßt.

Bereinigte Sozialdemokr. Partei Danzig-Stadt

Donnerstag, den 21. Juni, abends 7 Uhr, in der Handels- und Gewerbeschule, an der großen Mühle;

Große Funktionär-Versammlung.

Tagesordnung:

Vortrag des Gen. Sec. Sozialdemokratie und Alkoholfrage.

Zahlreiches Erscheinen der Funktionäre wird erwartet.

Ausweise sind vorzulegen.

Der Landesvorstand.

An die Mitglieder der Partei!

Durch Beschluß des Parteiausschusses ist der Landesvorstand berechtigt, den Wochenbeitrag auf den durchschnittlichen halben Stundenlohn festzusetzen. Demnach hätte schon längst eine Beitragserhöhung erfolgen müssen. Da aber die Herausgabe neuer Beitragsmarken für das zweite Quartal nicht mehr lohnt, hat der Landesvorstand beschlossen, für Mai statt vier fünf und für Juni statt fünf sechs Wochenbeiträge zu erheben. Wir eruchen daher die Mitglieder, bei der Beitragserhebung diese Beiträge zu zahlen.

Die Kassierer werden gebeten, diese Beiträge sofort zu kassieren, damit die Abrechnung für das zweite Quartal pünktlich erfolgen kann.

Der Beitrag für Juli wird noch in der „Volksstimme“ bekanntgegeben.

Mit Parteigruß

Der Landesvorstand.

Bezirks-Faustballwettkämpfe der Arbeiter-Turner.

In der Zeit vom 20. bis 26. Juni kommen im 3. Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes folgende Faustballspiele zum Austrag: Männer: am 20. 6. Bürgerwiesen I gegen Bürgerwiesen II um 6 Uhr abends; Danzig III gegen Bürgerwiesen II um 7 Uhr abends; am 21. 6. Bürgerwiesen I gegen Langfuhr um 6 Uhr abends; Bürgerwiesen II gegen Langfuhr um 7 Uhr abends in Bürgerwiesen; Ddra gegen Danzig I um 8.30, Ddra gegen Danzig III um 7.30 Uhr, beide in Ddra; am 22. 6. Danzig III gegen Schidlis um 6 Uhr; Bürgerwiesen II gegen Ddra um 6.40 Uhr; Bürgerwiesen II gegen Prautz um 7.30 Uhr auf dem Heinrich-Ehlersplatz.

Turnerinnen: 21. 6. Ddra gegen Langfuhr vorm. 9 Uhr auf dem Heinrich-Ehlersplatz.

Jugend: 21. 6. Schidlis gegen Danzig I vorm. 10 Uhr auf dem Bischofsberg; Schidlis gegen Ddra vorm. 11 Uhr auf dem Bischofsberg. Die Ergebnisse der bisherigen Spiele sind folgende: Prautz gegen Langfuhr 69:48, Prautz gegen Bürgerwiesen 66:68, Turnerinnen: Schidlis I gegen Bürgerwiesen I 29:30, Schidlis I gegen Schidlis II 29:15, Danzig gegen Ddra Danzig kampfl. gem. Jugend: Danzig I gegen Ddra 16:0.

Politische Nachrichten.

Eine politische Beschwerde.

Die politische Regierung hat dem Berliner Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in der Protest eingelegt wird gegen eine Neußerung des preussischen Ministerpräsidenten Brauns im Landtag, in der er sagte, Polen habe einen solchen Mangel an Toleranz, an der Tag gelegt, daß es jedes Recht verloren habe, sich über angebliche nationale Intoleranz anderer Staaten zu beklagen. Die polnische Regierung glaubt, daß diese Erklärung von einer feindseligen Stimmung und offensibaren Aggressivität Deutschlands zeuge.

Dazu schreibt der „Vorwärts“:

Deutschland wird sich derartige Unterstellungen energig verweigern müssen. Deutschland hat die Uebergriße des polnischen Chauvinismus mit einer wahren Samensgebild ertragen und hat es nicht an Verleumdungen fehlen lassen, zu einem gütlichen Einvernehmen mit dem polnischen Nachbar zu gelangen. Auf der Gegenseite hingegen hat man bisher auf die deutschen Gefühle und Interessen nicht die geringste Rücksicht genommen, so daß die Neußerungen des preussischen Ministerpräsidenten nur zu berechtigt waren. Oft genug mußten sich internationale Instanzen, vor allem der Völkerbund, mit deutschen Beschwerden gegen polnische Uebergriße und Verletzungen der deutsch-polnischen Minderheitsbestimmungen beschäftigen. Ueberdies hat die polnische Parlamentsmehrheit in einem ihrer Hauptpunkte ein scharfes Vorgehen gegen die Minderheiten in Polen ausdrücklich gefordert und alle Anzeichen deuten leider darauf hin, daß die neue polnische Regierung dieser Forderung nachkommen will.

Bemischtes.

Ita verkauft die Porso-Bibel. Ein kostbares Geschenk in dem italienischen Staat gemacht worden, indem ein Reichlicher die berühmte Porso-Bibel für 5 Millionen Franken von der Erbschaften Ita kaufte. Diese Bibel, die im Jahre 1455 vom Herzog von Ferrara, Borja d'Este, dem berühmtesten Miniaturen der damaligen Zeit zur Ausschmückung übergeben wurde, ist ein Meisterwerk der Buchschreiberkunst, hergestellt auf einem besonders zu diesem Zweck in Bologna bereiteten Pergament. Der kostbare Einband allein, der mit vergoldeter Silberverzierungen und Schließen verziert ist, kostete 50 Goldmarken, während für die Miniaturen 16 000 Lire gezahlt wurden. Die Bibel, die aus dem Östlichen Welt stammt, war von Kaiser Karl in die Schweiz mitgenommen worden und konnte daher nicht von Oesterreich mit ausgeliefert werden.

Stamessische Zwillinge. In das Knappschäftsblazett von Draesche (Polnisch Oberschlesien) wurde eine Frau entgeleiert, die zwei Mädchen gebar, die zusammengewachsen sind. Die „stamessischen“ Zwillinge hatten zwei Köpfe, vier Hände und vier Beine; bald nach der Geburt starben die neuen Weltbürgerinnen. Der Knappschäftsarzt Dr. Kalus erklärte, daß dies nach seiner Kenntnis der dritte Fall in Europa sei.

Wasserstandsrichten am 19. Juni 1923.

Table with 3 columns: Location, Water level, and Change. Locations include Jowaholt, Warschau, Plock, Thorn, Fordon, Galm, Graubenz, Ratzebach, Mondauspitz, Pielzel, Dirschau, Einlage, Schlawenhorst, Rogat, Schönau O. P., Galgenberg O. P., Renhofersdorf, Annach.

Verantwortlich für Politik Ernst Böpp, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Interate Anton Finken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. G. G. & Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Betrifft Angabe der Zeit bei Ueberweisung von Lohnsteuerabzügen.

Von einzelnen Arbeitgebern sind in letzter Zeit der Steuerkasse öfters Lohnsteuerbeiträge ohne nähere Angabe, für welche Lohnperiode der Steuerabzug gilt, überwiesen worden. Ein solches Verfahren ist unstatthaft. Unter Bezugnahme auf Art. 37 der Durchführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz vom 10. 1. 23 (Staatsanzeiger S. 35) wird darauf hingewiesen, daß bei der Ueberweisung der Lohnsteuerbeiträge an die Freistadtsteuerkasse stets der genaue Zeitpunkt, für welchen die Steuerbeiträge einbehalten sind, anzugeben ist, z. B.: Lohnsteuerbeiträge für 11. bis 16. Juni 1923.

Danzig, den 19. Juni 1923.

Das Landessteueramt. (9944)

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Dienstag, den 19. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten haben keine Gültigkeit.

Ein Walzertraum

in 3 Akten von Felix Dörmann und Musik von Oscar Straus.

Beginn um 8 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Wittwoch, den 20. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten C 1. Improvisationen im Juni. Komödie.

Donnerstag, den 21. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten D 1. „Die spanische Fliege.“ Schwank.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr: Donerkarten E 1. Zum letzten Male: „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

Gemälde-Ausstellung im Zeughaus

der Danziger Seession im Verbands der UNION

fortschrittlicher internationaler Künstler. Vom 25. Juni bis Ende Juli. (10-6) Eintritt: 1500 Mark. 9948

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55 9949

Achtung! Heute! Achtung!

Der große Wid-West-Episoden-Film!

„Mit Büchse und Lasso“

in 6 Episoden 34 Akten.

3. Episode: „Gegen Haß und Neid“

4. Episode: „Das Antlitz des Todes“

12 große, außerst spann. u. sensationelle Akte.

In der Hauptrolle: Eddie Polo.

Ferner: Die großen Lustspielschlager:

„Chaplin im Kino“

„Chaplin auf d. Maskenball“

Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

HAPETE advertisement featuring a diamond logo and text: Hapete ist beste Kokosbutter und bestes Kunstspeiseöl zum Braten und Backen. Hapete ist feinstes Brotlaustisch und Schmalzersatz. Hapete hat 99% Prozent Fettgehalt. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. Pflanzenfett- und Butterfabrik „Hapete“ A.G. Danzig, Gr. Wollwebergasse 12, Telefon 2500

Flotte Startonnagenarbeiterinnen Danziger Verpackungindustrie A.G. Danzig, Weibengasse 25/28.

Speisewraken- und N. Kinderleiterweg. Sohlrabisplanzen billig abgegeben. Reubenkolbait Gr. Walddorf.

Sommerpaletot (Konvergenz) hat ein lediert, 200000 Mk., Winterpaletot 200000 Mk., beide Mittelfigur, zu verkaufen. (1) Katzenberg 1212, 8.

Rasenmäschinemaschine wenig gebraucht, billig zu verk. Kross, Raßbude 3. (1)

Schlafstelle 9939 für 1 Mann Spennhaus 4

Sanderr Laufbursche sofort gesucht. Angeb. u. E. 1445 an die Exped. d. Volksstimme. (1)

Urbin der gute Schuhputz. Hersteller: Urbin-Werke, G. m. b. H., Danzig am Troyl, Fernsprecher 5905. (9939)

200 Arbeiterinnen gesucht. Zigarettenfabrik Hellas, Danzig, Weibengasse. (9947) für 1 Mann Spennhaus 4

DANZIGER TEXTILINDUSTRIE UND GROSSHANDELSFIRMEN.

Mechanische Tricotweberel Danzig G. m. b. H.
 Telephon Nr. 6061 Danzig-Langfuhr Pommersche Chaussees 4
 Fabrikation von Trikotagen in sämtl. Qualitäten. Fabrikmarke „Metrida“

Baltische Agrar- und Handelsgesellschaft m. b. H.
 Ex- und Import-Haus
 Böttchergasse 25/27 ♦ DANZIG ♦ Telephon Nr. 5614

Danziger Konfektionshaus

Inhaber: **A. Steinhöfel**
 Poggenpohl 59 — Telephon 400
Herren-Kleiderfabrik — Großkonfektion

Baltische Stauerei-Gesellschaft m. b. H.

(Baltic Stevedoring Co., Ltd.)
Stauerei Stevedoring
 Haupt-Kontor: Kassubischer Markt 1c, 1. Etg.
 Zweig-Kontor: Neufahrwasser, Bliesenstraße 1
 Telephon Nr. 5484 = Tel.-Adr.: „Dispatch“.

Katzki & Co., Danzig

Fernsprecher 1339 = Adolf Bükeler Nachf. = Jopengasse 4
 Textil-, Kurz-, Weiß- und Wollwaren
 Export = Export

v. Carl Bödiker & Co's.

Handelmaatschappij
 Ecke Hopfengasse — Schleifengasse

PETERSEN & HELBIG

Engros-Heuz
 für Fahrräder, Fahrradzubehör
 Pneumatika für Fahrräder u. Motorräder
 Nähmaschinen, Nähmaschinenteile
 Kleinbeleuchtungsartikel
DANZIG
 Hauptgeschäft: Abeggasse 1c. Telephon 2999
 Stadtlager: Pfefferstadt 35/39. Telephon 6917
 Verkehr nur mit dem Handel

Hahn & Löchel

Langgasse 72 - DANZIG - Tel. 508 u. 3092
 Medizinisches Fach- und Versandhaus
 Werkstätten für Kunstlederbau und
 Bandagen
 Ärztliche Instrumente = Operationsmöbel
 Verbandstoffe = Optische Werkstätten

Kleinkunstbühne „Libelle“

Im Wilhelm-Theater
 Musik — Gesang — Tanz



KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT
 GMBH DANZIG

Geschäftliche Rundschau mit Dauertfahrplan

Musterachutz! Danziger Fernverkehr Ohne Gewähr!

(H)	Danzig	ab	300	700	D	090	1000	300	D	350	D	600	600	800	800	D	1100
Danzig	ab	300	700	D	090	1000	300	D	350	D	600	600	800	800	D	1100	
Dirschau	ab	400	900	1000	1100	400	400	700	700	800	1000	1000	1200	1200	1200	1200	
Bromberg	ab	700	1200	1200	—	700	700	900	900	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	
Grudenz	ab	700	1200	1200	200	600	600	700	700	800	800	800	800	800	800	800	
Thorn	ab	090	200	150	—	1000	1000	1100	1100	1100	1100	1100	1100	1100	1100	1100	
Warschau	ab	500	900	700	900	—	1100	1100	1100	1100	1100	1100	1100	1100	1100	1100	
Warschau	ab	—	500	600	1200	300	300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Thorn	ab	500	—	—	—	200	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Grudenz	ab	700	1200	—	—	300	300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Bromberg	ab	700	—	—	—	300	300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Dirschau	ab	1100	300	300	600	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Danzig	ab	100	400	500	D	700	900	D	900	300	D	700	900	1000	1000	1000	

Unsere Mehlhandlung
 An der Großen Mühle 7.
 liefert Qualitätsmehle:
 Weizenmehle
 Roggenmehle, Weizenriesel
 ferner alle Futtermittel
H. Bartels & Co., G. m. b. H.
 Große Mühle

„Danobalt“

Handels-Gesellschaft m. b. H.
 Danzig, Langgasse Nr. 65.
 Schokolade — Zucker — Kolonialwaren
 Telephon Nr. 6241.

Johs. P. Uhlitzsch

Danzig, Altestädtischer Graben 19/20
 Telephon 5745
 Vertretungen, Export, Handel
 in Textilfabrikaten

FUHAKO

Chemische Werke und Handelshaus
 Altkönigs-Strasse
 Herstellung von chemischen und pharmazeutischen
 Produkten = Import und Export von Waren aller Art

Franz Hirsch & Co.

An der Kuhbrücke Nr. 1
 Kontorhaus Weißer Engel
 Telephon 1102, 5898, 1582
 Telegramm-Adresse: „CEROUŠ DANZIG“
 Kolonialwaren, Lebensmittel, Zündhölzer
 Engros = Export

Kuneral, beftes Pflanzenfett

Nowe, Sardinien, Appetit-
 sild, Räucherheringe etc.
 Alles ab Lager DANZIG.

Sommerfeld & Co.

Danzig, Tobiasgasse 1-2
 Telephon 3027
Spezial-Hosen-Fabrik

Erfurth & Gillis

G. m. b. H.
 Fahrräder, Nähmaschinen, Einbaumotore, Zubehörteile
 Danzig, Pfefferstadt 1 = Telephon: 5434, 5936

West Trading Co. Ltd.

Danzig, Langgasse 60/61
 Fernruf 5815 Tel.-Adr.: Westtrading
 Xanta Jaka, Rauchtabake und Zigaretten
 ISAACK SPAER, DANZIG, Roggenkaserne

Cäsar Cohn

Blusen-, Kleider-, Kostüm- und Rock-Fabrikation.
 Langgasse Nr. 95 — Telephon 654

Walter Kohn

Textilwaren - Großhandlung
 Fernsprecher Nr. 3430 Danzig, Jopengasse 24

Leo Neumann
 TEXTILWARENGROSSHANDEL UND FABRIKATION
 Dominikswall 12

Fabrik-Tuchlager L. Nadel & S. Judelewicz, Danzig
 Fernsprecher Nr. 3003 L. Damm Nr. 19 Telegr.-Adr.: „JUNAD“ Danzig
 en gros - Große Auswahl in sämtlichen Karungarnen, Streichgarnen und Velours - en gros

Bukofzer & Co.
 Kurz- und Wollwaren-Großhandel.

Walter Goldstein, Danzig
 Leinen- und Baumwoll-Waren en gros
 Stadtgraben 19 Telephon 3140

Pomerellische Actien-Gesellschaft
 Telephon 63-75 **TKANINA** Langgasse 53
 Textil-Waren en gros

„HANZAPOL“
 Allgemeine Transport- und Schifffahrtsgesellschaft m. b. H.
 DANZIG, Neugarten Nr. 11
 Telephon Nr. 5573 und 5677 — Telegramm-Adresse: „Hanzapol“

M. Forell & Co. Großhandlung
 Export Danzig Import
 Heilige Geistgasse Nr. 14-16
 Katzentren - Kämme - Porzellan
 Spitzen - Stickereien - Blaudruck
 Haarschmuck
 Trikotagen = Strumpfwaren

Albert u. Bruno Fischer
 Schürzen- und Wäschefabrik
 Danzig, Heumarkt Nr. 4